

Protokoll

der 5. Sitzung des EFRE- und ESF+-Multifonds-Begleitausschusses für die EU-Strukturfondsförderperiode 2021-2027 am 11. Oktober 2022 als Online-Veranstaltung

Beginn: 9:01 Uhr

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Ute Messerschmidt (Stv. Leiterin der Verwaltungsbehörde EFRE und ESF+, VB) eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden. Insbesondere begrüßt sie Janos Schmied (GD REGIO) und Valentin Hillen (GD EMPL) von der EU-Kommission sowie Annika Pickenbach vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und Ansgar Gellner vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Frau Messerschmidt stellt Anja Kraft vor, die bei dieser Sitzung die administrative und technische Durchführung in Vertretung für Verena Peitsch übernimmt. Zudem weist sie darauf hin, dass Dr. Cornell Babendererde nicht mehr für die Prüfbehörde Mitglied im Begleitausschuss (BGA) ist, sondern für das Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (MW). Dr. Dominik Mayer ist weiterhin als Vertreter für Frau Dr. Babendererde im BGA. Zusammen mit Nicola Wilkens-Caspar wird künftig Maren Lippke-Spöcker im Referat 104 des Nds. Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) die Aufgaben der Kommunikationsbeauftragten wahrnehmen.

Frau Messerschmidt bittet darum, Änderungen bei Mitgliedern oder Vertreter:innen rechtzeitig der VB mitzuteilen.

Anschließend stellt Frau Messerschmidt die Beschlussfähigkeit fest. Für die Tagesordnung hat sich die Änderung ergeben, dass aus zeitlichen Gründen der TOP 13 in den TOP 4 integriert werden soll. Die Tagesordnung wird mit der vorgeschlagenen Änderung einstimmig angenommen.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 3. BGA-Sitzung vom 16.06.2022

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Informationen der Europäischen Kommission und des Bundes

Herr Schmied berichtet, dass der Antrag zur Änderung des Operationellen Programms (OP) zur Version 11.0 am 03.10. von der Kommissarin unterzeichnet wurde. Die formale Zustellung des Genehmigungsaktes über das SFC-System wird noch erwartet. In Deutschland sind bereits 14 von 16 EFRE-Programmen genehmigt, mit Ausnahme von Brandenburg und Sachsen. EU-weit sind etwa 35 % der Programme angenommen, mehr als die Hälfte (54 %) sind eingereicht. An Partnerschaftsvereinbarungen sind bisher 22 von 27 in der EU angenommen (es fehlen noch Belgien, Luxemburg, Spanien, Lettland und Ungarn).

Herr Schmied berichtet zudem, dass die FAST CARE-Verordnung ohne weitere Änderungen der Mitgliedstaaten vorangeschritten ist und diese Woche vom Rat der EU bestätigt werden soll.

Herr Schmied informiert außerdem über die Europäische Woche der Regionen und Städte, die von der Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira, eröffnet wurde. In den kommenden Tagen finden zahlreiche Workshops statt. Link: <https://europa.eu/regions-and-cities/>

Darüber hinaus teilt Herr Schmied mit, dass eine neue Plattform („Cohesion Open Data“) gelauncht wurde, die Daten zur Nutzung der EU-Fonds darstellt. Link: <https://cohesion-data.ec.europa.eu/>

Schließlich berichtet er über ein Update zur „Europäischen Städteinitiative“. Diese führt u. a. die „Urban Innovative Actions“-Initiative aus der vorherigen Förderperiode weiter. Der erste Call wird am Tag dieser Sitzung gestartet und beinhaltet eine Fördersumme von 50 Mio. Euro für Projekte zum Thema „Neues Europäisches Bauhaus“. Antragsberechtigt sind Städte und Städteverbände mit mindestens 50.000 Einwohnern. Bewerber können an bestimmten Seminaren teilnehmen. Link: <https://www.eui-applicantseminars.eu/en/>

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Herrn Schmied, insbesondere für die Nachricht über die Annahme der OP-Änderung. Sie bedankt sich bei Herrn Schmied und Herrn Hillen sowie bei den BGA-Mitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Beratung des Änderungsantrages.

Herr Hillen berichtet, dass bei den ESF+-Programmen mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen alle deutschen Programme genehmigt sind. Er informiert außerdem darüber, dass am 5. und 6. Oktober das Arbeitstreffen der ESF+-Verwaltungsbehörden aus Deutschland, Österreich und Teilen Belgiens in Brüssel stattfand.

Zudem weist er darauf hin, dass die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union am 14.09. ein Europäisches Jahr der Kompetenzen angekündigt hat, das auf Aus- und Weiterbildung fokussiert ist. Herr Hillen und seine Kolleg:innen arbeiten momentan daran, welche Maßnahmen darunterfallen sollen. Auf Nachfrage kann er wegen der kurzfristigen Ankündigung noch keine konkreten Maßnahmen nennen. Er sagt zu, voraussichtlich Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres mehr dazu zu berichten.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Herrn Hillen für den Bericht.

Frau Pickenbach berichtet für das BMWK, dass unter tschechischer Ratspräsidentschaft am 22.11. auf einer Sitzung der Kohäsionsminister:innen Ratschlussfolgerungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik verabschiedet werden sollen. Zudem informiert sie über ein informelles Treffen der Kohäsionsminister:innen, an dem Staatssekretär Giegold aus dem BMWK teilgenommen hat. Themen waren u. a. die wirksame Umsetzung der Strukturfonds hinsichtlich der politischen Schwerpunktziele sowie die Ausrichtung der Kohäsionspolitik nach 2027. Aus deutscher Sicht ist die Kohäsionspolitik kein Kriseninstrument, sondern muss langfristige Investitionen im Blick haben.

Weiterhin berichtet Frau Pickenbach, dass 14 der 16 EFRE-Programme und zwei der vier JTF-Programme aus Deutschland genehmigt sind. Zudem ist die deutsche Partnerschaftsvereinbarung bereits am 19.04. von der EU-Kommission genehmigt worden.

Im Hinblick auf die strategische Umsetzung der Strukturfonds in Deutschland plant das BMWK einen regelmäßigen Austausch zwischen Bund und Ländern, bei dem u. a. die strukturpolitischen Herausforderungen in den Ländern, Leuchtturmprojekte und best practices sowie die Koordinierung mit dem Deutschen Aufbau- und Resilienzplan und der nationalen Regionalpolitik diskutiert werden sollen.

Schließlich teilt Frau Pickenbach mit, dass am 14.12. in Berlin das Jahresdurchführungsgespräch mit der EU-Kommission geplant ist. Ein Treffen der EFRE-Verwaltungsbehörden soll einen Tag vorher in Präsenz stattfinden.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Frau Pickenbach und bekräftigt, dass sich auch die VB bereits Gedanken zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 macht, insbesondere hinsichtlich Verwaltungsvereinfachungen und Verbesserung der Rahmenbedingungen für territoriale Instrumente.

Herr Gellner berichtet für das BMAS, dass ein Bund-Länder-Treffen zur Zukunft des ESF stattgefunden hat. Thema war unter anderem, inwiefern der ESF in Zukunft eher als langfristiges Instrument oder eher als Kriseninterventionsinstrument gesehen werden sollte. Außerdem ergänzt Herr Gellner Herrn Hillens Bericht zum Arbeitstreffen von Bund, Ländern und Kommission in Brüssel vom 5. und 6. Oktober. Themenschwerpunkte waren dort u. a. die neue Förderperiode sowie die Abrechnung der alten Förderperiode, außerdem die Umsetzung von REACT-EU und CARE.

Darüber hinaus informiert Herr Gellner, dass etwa die Hälfte der geplanten 28 Programme aus dem ESF+-Bundesprogramm bereits gestartet sind. Weitere sollen noch bis Ende dieses Jahres und in der ersten Hälfte des kommenden Jahres folgen. Durch einen möglichst zeitnahen Start nach Genehmigung des ESF+-Bundesprogramms sollte vor allem im Bereich Soziale Integration erreicht werden, dass eine Anschlussfinanzierung für die Träger sichergestellt werden kann. Dies ist nötig, da die ESF-Projekte des Bundes zum Jahresende auslaufen. Frau Messerschmidt ergänzt, dass Niedersachsen die Projektlaufzeiten so weit wie möglich ausreizt. Auf EU-Ebene ist allerdings derzeit keine generelle Verlängerung der Bearbeitungsfristen zum Abschluss der Förderperiode 2014-2020 absehbar, weshalb die Möglichkeiten der Laufzeitverlängerung begrenzt ist.

In einer Meldung aus dem BGA (Herr Kühn) wird ein Infoschreiben der ESF+-VB des Bundes an die Zuwendungsempfänger der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft Bahn-See (ESF+-Umsetzer) bzgl. erwartbarer Gehaltssteigerungen (u. a. bedingt durch die hohe Inflation) in den kommenden Jahren positiv erwähnt. Es folgen die Fragen, ob Niedersachsen ähnliches plant und ob der Bund eine Übersicht zum geplanten Umgang der anderen Bundesländer mit dieser Thematik hat. Bzgl. der Übersicht antwortet Herr Gellner, dass eine solche nicht vorliegt und dass aufgrund der unterschiedlichen Gestaltung der Personalkostenabrechnung kein bundeseinheitliches Vorgehen möglich ist. Frau Messerschmidt (VB) erläutert, dass im aktuellen Personalkostenerlass für EFRE und ESF+ bereits lineare Gehaltssteigerungen einbezogen sind. Frau Schlosser legt dar, dass die lineare Anpassung durchaus auch Schwankungen zwischen den Jahren berücksichtigt. Inwiefern Tarifsteigerungen eine Änderung des Erlasses rechtfertigen, müsste daher jeweils konkret betrachtet werden. Beide signalisieren zu diesem Thema Gesprächsbereitschaft der VB, um das Thema im Detail mit den Verbänden zu beraten.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Herrn Gellner für den Bericht.

TOP 4 Information der Verwaltungsbehörde und der Bescheinigungsbehörde

Statusbericht der VB:

Frau Messerschmidt erläutert zur Einführung, dass dem aktuellen Statusbericht mit Datenstand vom 30.09. noch die OP-Version 10.0 zugrunde liegt. Die neueste OP-Änderung zur Version 11.0 ist noch nicht berücksichtigt, da zum Zeitpunkt des Datenstands die Genehmigung der EU-Kommission für die Änderung noch nicht offiziell vorlag.

In den Veränderungen zum letzten Datenstand (30.06.) ist erkennbar, dass es in einigen Prioritätsachsen (PAs) wieder zu Rückgängen gekommen ist. Das kann daran liegen, dass jetzt weniger Neubewilligungen kommen, gleichzeitig aber mehr VN-Prüfungen stattfinden, die auch Rückgänge bei den bewilligten Mitteln zur Folge haben können. Die Rückgänge konnten nun durch die Zuwächse nicht aufgefangen werden, daher ist ein Gesamtrückgang in

den PAs 1-4 und 6-9 von 6,5 Mio. Euro entstanden. Der dennoch hohe Zuwachs in der Projektanzahl ist erwartungsgemäß vor allem auf das Programm „Weiterbildung in Niedersachsen“ (WiN) zurückzuführen.

Für REACT-EU (PAs 11, 12) ist ein erfreulicher Zuwachs zu verzeichnen, wo insbesondere durch das Sofortprogramm „Perspektive Innenstadt!“ ein deutlicher Zuwachs von knapp 43,8 Mio. Euro und 473 Projekten zu verbuchen ist.

Frau Messerschmidt weist erneut darauf hin, dass in Niedersachsen im Sinne der Projektträger die Laufzeit der Projekte bis zum 31.03.2023 verschoben wurde, in wenigen Ausnahmefällen auch bis zum 30.06.2023. Das Endabrechnungsdatum, zu dem die NBank alle VN-Prüfungen durchgeführt haben muss, ist aber weiterhin der 31.12.2023.

Für die neue Förderperiode wurde in Abstimmung mit der Bescheinigungsbehörde (BB) angesichts der noch geringen Zahlen kein eigener Statusbericht angefertigt. Frau Messerschmidt berichtet anhand einer Präsentationsfolie über die bisher erfolgten Bewilligungen. Insgesamt sind in vier Maßnahmen 53 Vorhaben bewilligt worden, die bewilligte Gesamtfinanzierung umfasst rund 22,4 Mio. Euro. Der größte Teil ist im Programm „Jugendwerkstätten/Pro-Aktiv-Centren“ erfolgt, wo durch 27 Projekte knapp 16,5 Mio. Euro gebunden wurden.

Statusbericht der BB:

Frau Meine berichtet anhand einer ausführlichen Präsentation aus Sicht der BB detaillierter über die Zahlen zur Umsetzung und Abrechnung des Multifondsprogramms.

[Die Präsentation wurde im Nachgang der Sitzung auf der Website „Europa für Niedersachsen“ in den Downloadbereich zum Begleitausschuss eingestellt: https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html]

Im EFRE liegt der Umsetzungsstand (Bewilligungen) insgesamt bei 96,7 %, seit dem letzten Statusbericht gab es einen Rückgang von acht Projekten und knapp 10,3 Mio. Euro Gesamtausgaben. Der Umsetzungsstand in den PAs 2-4 ist erfüllt, lediglich in PA 1 liegt er noch bei 88,8 %. Der Rückgang im EFRE ist insbesondere auf die PA 3 zurückzuführen und hier auf die Maßnahmen „Energieeinsparung und Energieeffizienz bei öffentlichen Trägern“ sowie „Verbesserung der Stadt-Umland-Mobilität“.

Der Umsetzungsstand (Bewilligungen) im ESF liegt bei 96,9 %, seit dem letzten Statusbericht gab es einen Zuwachs von 758 Projekten und knapp 3,8 Mio. Euro Gesamtausgaben. Der Umsetzungsstand in den PAs 6 und 8 ist erfüllt, in der PA 7 liegt er bei 98,7 % und in der PA 9 bei 86,6 %. Der größte Zuwachs ist mit knapp 3 Mio. Euro auf die PA 6 zurückzuführen, in der das Programm WiN ist.

Bezüglich N+3 berichtet Frau Meine, dass der Zielwert sowohl auf Multifondsebene als auch auf Ebene der einzelnen Fonds EFRE und ESF erreicht wurde. Für die Förderperiode 2014-2020 ist N+3 abschließend erfüllt. Sie weist darauf hin, dass es normalerweise keinen Anstieg bei N+3 im Vergleich zum letzten Datenstand geben dürfte, da es in dem Zeitraum keinen Zahlungsantrag mit neuen Daten gab. Diesmal ist jedoch ein deutlicher Anstieg zu erkennen, da Ende Juni die letzte OP-Änderung angenommen wurde, wo es die Möglichkeit gab, in verschiedenen PAs eine 100%-Finanzierung zu nutzen. Das hatte den Anstieg bei N+3 zur Folge.

Für REACT-EU, das gesondert abgerechnet wird (auch wenn es zum OP gehört), beträgt der Umsetzungsstand (Bewilligungen) 67,2 % mit inzwischen insgesamt 912 Projekten.

Aus dem BGA kommt eine Nachfrage zu den Gründen für den großen Rückgang in der PA 3, insbesondere bei der Energieeffizienz-Maßnahme. Frau Meine antwortet, dass sie zu

den inhaltlichen Gründen eines Wegfalls einzelner Projekte keine Informationen hat. Silke Schaar (Nds. Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, MU) kann zu Einzelfällen ebenfalls keine Auskunft geben, weist aber darauf hin, dass viele Projektträger noch mit Auswirkungen der Corona-Pandemie zu kämpfen haben und ihnen außerdem u. a. Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen Probleme bereiten.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Frau Meine für den Vortrag.

Allgemeiner Bericht der VB:

Frau Messerschmidt berichtet über die drei durchgeführten Umlaufverfahren. Dringend war hier vor allem der 10. Änderungsantrag zum OP, wo eine Umschichtung von REACT-Mitteln und die Neueinführung von CARE-Maßnahmen enthalten waren. Außerdem gab es ein Umlaufverfahren zu den Auswahlkriterien in der Richtlinie „UKR-CARE-Quartiersmanagement“. Schließlich wurde ein Umlaufverfahren zur Anpassung des Scorings in der Richtlinie „Niedrigschwellige Innovation in KMU und Handwerk“ durchgeführt. Frau Messerschmidt richtet ihren Dank an die BGA-Mitglieder für das Vertrauen, dass sie in die VB setzen, und sagt zu, dass Umlaufverfahren ein Ausnahmemittel in dringlichen Fällen bleiben sollen.

Sie weist bereits darauf hin, dass noch ein weiterer Änderungsantrag für das OP folgen wird.

Sachstand CARE:

Frau Messerschmidt berichtet, dass zwei Maßnahmen für CARE bereits im Ministerialblatt am 14.09. veröffentlicht worden sind, neben dem Quartiersmanagement auch die Richtlinie „UKR-CARE-Sprachkurse“. Geplant sind noch zwei Richtlinien zur Sprachmittlung und zur Förderung von Unterbringungskapazitäten für Geflüchtete. In der Maßnahme Sprachkurse liegen ca. 20 Anträge elektronisch vor. Die Anträge sind deutlich großvolumiger als angenommen. Es sind außerdem weitere Anfragen bei der NBank dazu eingegangen, sodass noch mehr Anträge zu erwarten sind. Bei der Antrags- und VN-Bearbeitung wird die NBank durch Mitarbeiter:innen der AEWB unterstützt. Frau Schaar ergänzt, dass es im Quartiersmanagement bereits acht Anträge gestellt wurden und weiteres Interesse bekannt ist. Frau Messerschmidt berichtet, dass die Maßnahmen „CARE Sprachmittlung“ des MS und „Unterbringungskapazitäten für Geflüchtete“ des MI weiterhin in Planung sind.

Frau Messerschmidt bedankt sich angesichts des ehrgeizigen Zeitplans herzlich bei allen Beteiligten für die Bereitschaft, verkürzte Beteiligungsfristen und Umlaufverfahren zu akzeptieren.

Sachstand Zukunftsregionen:

Im neuen Programm „Zukunftsregionen in Niedersachsen“ sind im September insgesamt 14 Zukunftsregionen anerkannt worden. Das entsprechende Budget wurde jeweils reserviert und es wurde begonnen, Projekte zu entwickeln.

Rechnungshofprüfung KMU-Auswahlkriterien:

Frau Schwob (VB) berichtet zu einer Wirtschaftlichkeitsprüfung des Europäischen Rechnungshofs, in der die Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU untersucht wurde, insbesondere die Konzeption von Maßnahmen sowie die Auswahlkriterien. Wegen des letzteren Prüfgegenstandes ist die VB auch explizit dazu aufgefordert worden, über die Prüfung im BGA zu berichten. Mit dem Grundsatzbeschluss zur Auswahl von Vorhaben vom 11.11.2021 und dem zugehörigen Musterscoring, dass eine Mindestpunktzahl von 60 Punkten und eine gesonderte Mindestpunktzahl für richtlinienspezifische fachliche Kriterien vorliegt, geht Niedersachsen bereits in die richtige Richtung.

Auch wenn kein direkter Handlungsbedarf besteht, bleibt der Appell an die Ressorts, ehrgeizige Auswahlkriterien und Schwellenwerte festzulegen.

Einrichtung des Unterausschusses „Nachhaltige Entwicklung“:

Frau Schwob stellt die Beschlussvorlage zur Einrichtung des Unterausschusses vor, dessen Gründung bereits seit längerem angekündigt ist. Er bildet das Pendant zum Unterausschuss „Chancengleichheit“ und soll zur Verankerung des Querschnittsziels „Nachhaltige Entwicklung“ in der neuen Förderperiode beitragen.

Aus dem BGA kommt die Nachfrage nach der Frequenz der Sitzungen und nach der Durchführung der Unterstützung von Projektträgern. Frau Schwob antwortet, dass der Unterausschuss laut Beschlussvorlage zwar nur mindestens einmal im Jahr zusammenkommen soll, es aber geplant ist, dass die Sitzungen viertel- bis halbjährlich stattfinden. Die Einladungen zur ersten Sitzung sollen in Kürze erfolgen. Die Unterstützung von Projektträgern soll bspw. durch die Teilnahme von Mitgliedern des Unterausschusses an Veranstaltungen von u. a. NBank und Ressorts erfolgen, um dort Fragen zu beantworten und die Expertise einzubringen. Außerdem ist vorstellbar, im Unterausschuss zu überlegen, wie Beratungen strukturell verbessert werden können.

Es wird darum gebeten, in der Beschlussvorlage die Bezeichnung des Mitglieds der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) zu ändern. Das Mitglied kommt aus dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, ist aber für die LAG FW benannt.

Von der Vertreterin des Landesfrauenrats kommt die Bitte, diesen mit in den Unterausschuss aufzunehmen, da es eine gute Möglichkeit bietet, Geschlechterperspektiven und Nachhaltige Entwicklung zusammen zu denken.

Der Vertreter der Landwirtschaftskammer (LWK) weist darauf hin, dass die Bezeichnung „Wirtschaftliche Verbände“ unzutreffend ist, wenn darunter auch die Wirtschaftskammern gefasst werden. Zudem wünscht er ebenfalls einen Sitz für die LWK. Weiterhin weist er auf die Komplexität der Thematik „Nachhaltige Entwicklung“ hin.

Schließlich wird aus dem BGA zur Klarstellung noch gefragt, ob die als „Wirtschaftliche Verbände“ bezeichneten Mitglieder eine gemeinsame Stimme haben sollen oder jeweils eine Stimme. Frau Schwob antwortet, dass jeder Verband eine Stimme erhalten soll.

Frau Messerschmidt nimmt die Wünsche nach Sitzen für den Landesfrauenrat und die LWK mit auf, ebenso wie die Änderung bzgl. der LAG FW und der Bezeichnung „Wirtschaftliche Verbände“. Sie stellt die Beschlussvorlage mit den genannten Änderungen zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wird mit den angesprochenen Änderungen und Ergänzungen bei der Mitgliederliste bei zwei Enthaltungen angenommen.

Frau Messerschmidt sagt zu, den Beschluss in der geänderten Fassung in den Downloadbereich auf der Website einzustellen.

Veröffentlichungen im Ministerialblatt:

Frau Messerschmidt berichtet über die Veröffentlichung einiger Richtlinien im 27., 28., 29., 31. und 38. Ministerialblatt, sowie eines Erlasses zur Erstattung der Umsatzsteuer im 37. Ministerialblatt und der Rechtsbehelfsbelehrung gegen die Annahme des OP im 40. Ministerialblatt. Eine detaillierte Liste ist der Präsentation der VB zu entnehmen. [Die Präsentation wird im Nachgang der Sitzung auf der Website „Europa für Niedersachsen“ in den Downloadbereich zum Begleitausschuss eingestellt: https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html]

TOP 5 Bericht zu Beschwerden/Verstößen gegen die UN-Behindertenrechtskonvention

Es gibt keine Meldungen.

TOP 6 Bericht zu Beschwerden/Verstößen gegen die EU-Grundrechtecharta

Es gibt keine Meldungen.

TOP 7 Bericht der Kommunikationsbeauftragten

Nicola Wilkens-Caspar (MB) teilt mit, dass vor ca. einem Monat die Sommeraktion erfolgreich beendet wurde. Zudem weist sie darauf hin, dass der Newsletter vor kurzem veröffentlicht wurde. Der nächste Newsletter soll kurz vor Weihnachten erscheinen. Sollte es aus Reihen des BGA dafür Hinweise geben, nehmen Frau Wilkens-Caspar und Frau Lippke-Spöcker diese gerne entgegen. Dies gilt auch für allgemeine Hinweise zu Projekten.

Im Anschluss an den Bericht von Frau Wilkens-Caspar stellt sich Maren Lippke-Spöcker vor. Frau Messerschmidt heißt sie im BGA und im Team Öffentlichkeitsarbeit des Multifonds willkommen.

TOP 8 Bericht zum Stand des Beteiligungsverfahrens zur Richtlinie „Landschaftswerte 2.0“ (MU)

Swantje Köhler (MU) berichtet anhand einer kurzen Präsentation zum Stand des Beteiligungsverfahrens zur Richtlinie „Landschaftswerte 2.0“. [Die Präsentation wird im Nachgang der Sitzung auf der Website „Europa für Niedersachsen“ in den Downloadbereich zum Begleitausschuss eingestellt: https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html]

Der Richtlinienentwurf befindet sich aktuell im Anhörungsverfahren, die Veröffentlichung ist für Mitte Dezember geplant. Sie weist auf die Möglichkeit hin, dass der erste Antragsstichtag – entgegen der Aussage in der Präsentation – auch erst am 31.03.2023 sein könnte.

Aus dem BGA kommt eine Frage zur Nichtaufnahme von nationalen Projekten in die Richtlinie. Frau Köhler führt aus, dass die Regelung zu nationalen Projekten in der Richtlinie der alten Förderperiode (2014-2020) zu Hochzeiten der Corona-Pandemie aufgenommen wurde, auch um Projekte voranzubringen. Da die Richtlinie in der neuen Förderperiode (2021-2027) nun niedrigere Fördersätze hat als vorher, gibt es keinen Spielraum mehr für die Förderung von nationalen Projekten.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Frau Köhler für die Präsentation.

TOP 9 Bericht zu RIS3 Governance Struktur

Dr. Till Manning (MB) berichtet zum aktuellen Stand der Planungen bzgl. der Governance-Struktur für die „Regionale Innovationsstrategie für intelligente Spezialisierung“ (RIS3) anhand einer Präsentation. [Die Präsentation wird im Nachgang der Sitzung auf der Website „Europa für Niedersachsen“ in den Downloadbereich zum Begleitausschuss eingestellt: https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html]

Bei der Einführung in die Grundlagen der RIS3 und der Vorstellung des Umsetzungskonzepts des Dienstleisters Ramboll betont Herr Dr. Manning, dass die Zuständigkeiten des BGA gesichert bleiben, sie aber durch ergänzende Strukturen unterstützt werden sollen. Ziel ist es insgesamt, die RIS3 im Lichte der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung begleitend weiterzuführen.

Eine der ergänzenden Strukturen soll ein Innovationsforum werden. Auf Nachfrage sagt Herr Dr. Manning, dass noch keine feste Terminierung oder thematische Festlegung für das erste Zusammenkommen dieses Forums vorliegt. Anvisiert wird aber die erste Jahreshälfte 2023.

Frau Dr. Babendererde (MW) führt aus, dass aus Sicht des MW noch Fragen offen sind, wie die künftigen Stellen zu Themen der Innovation zusammenkommen können und wie es auch hinsichtlich einer Landesinnovationsstrategie aussieht. Herr Dr. Manning erläutert, dass mit der RIS3 den Anforderungen der EU-Kommission zum Multifondsprogramm nachgekommen werden soll. Daher sind aus seiner Sicht diese Überlegungen zur Governance-Struktur unabhängig von weiteren strategischen Planungen zur Landesinnovationsstrategie zu sehen.

Herr Dr. Manning weist darauf hin, dass seine Kollegin Antje Overmeyer und er selbst für weitere Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Frau Messerschmidt bedankt sich bei Herrn Dr. Manning.

TOP 10 Vorstellung des Programms „NSeed“ (MW) sowie Information und Beschlussfassung über die Methodik und die Kriterien für die Auswahl der Vorhaben

Sarah Matuschek (MW) stellt anhand einer Präsentation das Programm „NSeed“ vor. [Die Präsentation wird im Nachgang der Sitzung auf der Website „Europa für Niedersachsen“ in den Downloadbereich zum Begleitausschuss eingestellt: https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html]

Das Programm ist eine Weiterführung aus der vorherigen Förderperiode, es gibt keine wesentlichen Änderungen zur neuen Förderperiode. Dies ist dadurch zu erklären, dass sowohl für den Seedfonds („NSeed“) als auch den Beteiligungsfonds („NBeteiligung“) eine ex-ante-Bewertung durch den Dienstleister der VB erfolgt ist. Aus dieser Bewertung haben sich keine Änderungsvorschläge am Programm ergeben.

Aus dem BGA kommt die Feststellung, dass bei diesem eigentlich guten Programm nachweislich wenig Gründerinnen erreicht werden, und die Frage, ob es diesbezüglich konkrete Planungen wie bspw. einen Aufruf an die Beratungsstellen für eine bessere Ansprache bei den Gründerinnen gibt. Frau Matuschek antwortet, dass das Problem bekannt ist und dass die Gründe für diese Entwicklung gesellschaftlicher Natur zu sein scheinen. Das Programm steht grundsätzlich allen Menschen offen. Seitens des Landesfrauenrats wird nochmals betont, dass es wünschenswert wäre, mehr Aufklärung in den Beratungsstellen auch in dieser Hinsicht zu leisten.

Die Beschlussvorlage wird bei einer Enthaltung angenommen.

TOP 11 Vorstellung des Programms „NBeteiligung“ (MW) sowie Information und Beschlussfassung über die Methodik und die Kriterien für die Auswahl der Vorhaben

Frau Matuschek stellt ebenfalls das Programm „NBeteiligung“ anhand einer Präsentation vor. [Die Präsentation wird im Nachgang der Sitzung auf der Website „Europa für Niedersachsen“ in den Downloadbereich zum Begleitausschuss eingestellt: https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html]

Wie schon beim Seedfonds handelt es sich auch hier um eine Weiterführung aus der vorherigen Förderperiode, bei der sich keine wesentlichen Änderungen ergeben haben.

Die Beschlussvorlage wird bei zwei Enthaltungen angenommen.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Frau Matuschek für die Vorstellung der beiden Programme.

TOP 12 Vorstellung des Entwurfs der Richtlinie „ÜLU“ (MK) sowie Information und Beschlussfassung über die Methodik und die Kriterien für die Auswahl der Vorhaben

Claudia Dierkes (Nds. Kultusministerium, MK) stellt anhand einer Präsentation die Richtlinie „Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung“ (ÜLU) vor. [Die Präsentation wird im Nachgang der Sitzung auf der Website „Europa für Niedersachsen“ in den Downloadbereich zum Begleitausschuss eingestellt: https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html]

Auch diese Richtlinie ist eine Weiterführung aus der vorherigen Förderperiode, die Eckpunkte der Richtlinie sind weitgehend gleichgeblieben. Der Richtlinienentwurf befindet sich noch bis zur kommenden Woche in der Anhörung.

Die Beschlussvorlage wird bei drei Enthaltungen angenommen.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Frau Dierkes für den Vortrag.

TOP 13 Information und Beschlussfassung über die Einrichtung des „Unterausschuss Nachhaltige Entwicklung“

Dieser TOP wird nach der angenommenen Änderung der Tagesordnung unter TOP 4 behandelt.

TOP 14 Vorstellung der Evaluation der PA 9

Kristin Schwarze (Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, IfS) stellt die zentralen Ergebnisse des Abschlussberichts zur Evaluation der PA 9 („Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung“) anhand einer detaillierten Präsentation vor. [Die Präsentation wird im Nachgang der Sitzung auf der Website „Europa für Niedersachsen“ in den Downloadbereich zum Begleitausschuss eingestellt: https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html]

Es werden die Fragen gestellt, inwiefern die Empfehlungen der Evaluation in die Neugestaltung der Richtlinie eingeflossen sind und ob die Ergebnisse bereits in der AG Offene Hochschulen vorgestellt und diskutiert wurden. Frau Schwarze erklärt, dass die Ergebnisse bereits vor kurzem bei einem Trägertreffen vorgestellt wurden. Darüber hinaus erläutert sie, dass es zwar unglücklich ist, dass die Evaluation verhältnismäßig spät kam, aber bereits während der Erstellung der Evaluation ein reger Austausch mit den Fachreferaten stattfand. Sie sagt, dass die Fachreferate aus eigener Erfahrung bereits zu ähnlichen Ergebnissen kamen und außerdem versucht wurde, die Erkenntnisse aus der Evaluation schon frühzeitig zu vermitteln.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei Frau Schwarze für den Vortrag.

TOP 15 Verschiedenes

Frau Messerschmidt stellt die voraussichtlichen Termine bis Ende 2023 vor. Sitzungen sind vorerst rein digital geplant. Die nächste Präsenz-Sitzung ist vom 24. - 25. Mai 2023 in der Übergangsregion geplant. Frau Messerschmidt ruft dazu auf, Vorschläge für Projektbesichtigungen gerne an die VB heranzutragen.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei den Mitgliedern für die Teilnahme, bei den Vortragenden für die Präsentationen und bei ihrem Team für die Sitzungsvorbereitung.

~ Ende der Veranstaltung um 13.10 Uhr ~

Protokoll: Johanna Maas, Tim Falckenthal